

## 69/BI XXIV. GP

---

Eingebracht am 03.09.2013

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

# Bürgerinitiative

## Formblatt für eine Parlamentarische Bürgerinitiative

**Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend**

**Faire Bezahlung für Zivildienstleistende!  
Verkürzung des Zivildienstes!**

**Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:**

**Hinsichtlich der Dauer des Zivildienstes und der Pauschalvergütung von Zivildienstleistenden ist das Zivildienstgesetz in der geltenden Fassung anzuwenden.**

**ANLIEGEN:**

**Der Nationalrat wird ersucht,**  
**die nachstehenden Anliegen der UnterzeichnerInnen betreffend des Zivildienstes umzusetzen.**

die nachstehenden Anliegen der UnterzeichnerInnen hinsichtlich der Verkürzung des Zivildienstes und hinsichtlich der Entlohnung der Zivildiener umzusetzen.

Es wird immer wieder betont, dass Zivildienstleistende einen wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben leisten. Darum ist es notwendig, nicht nur den Grundwehrdienst sondern auch den Zivildienst zu reformieren. Es bedarf einer dringenden Änderung, bezüglich der zeitlichen Dauer des Zivildienstes, sowie der monatlichen Pauschalvergütung (derzeit: Euro 301,40).

Es ist unverständlich, dass der Zivildienst mit einer derzeitigen Dauer von neun Monaten um drei Monate länger dauert als der Grundwehrdienst. Aus Sicht der GPA-djp Jugend und der UnterzeichnerInnen dieser BürgerInneninitiative sind sechs Monate auch für den Zivildienst genug. Kommt es zu einer weiteren Verkürzung des Grundwehrdienstes, ist der Zivildienst analog zur Bestimmung für die Grundwehrdiener zu verkürzen.

Die derzeit an die Zivildienstleistenden ausbezahlte Pauschalvergütung in Höhe von monatlich 301,40 Euro, bedeutet eine Missachtung der von diesen erbrachten Leistungen. Das ist ein klarer Fall von Lohndumping unter dem Deckmantel des „Dienstes an der Gesellschaft“, der mittlerweile von mehr als 10.000 jungen Männern geleistet wird. Die GPA-djp Jugend fordert daher gemeinsam mit den UnterzeichnerInnen der parlamentarischen BürgerInneninitiative, eine zeitliche Gleichstellung des Zivildienstes mit dem Grundwehrdienst. Auch eine adäquate und angemessene monatliche Entlohnung der Zivildienstleistenden auf Basis der Einstiegsstufe des Kollektivvertrages der österreichischen Sozialwirtschaft (derzeit: 1.386,10 Euro/Brutto) ist unabdingbar.

**(Falls der Vordruck nicht ausreicht, bitte auf Beiblatt fortsetzen)**



## **FAIRNESS FÜR ZIVILDIENSTLEISTENDE!**

Es wird immer wieder betont, dass Zivildienstleistende einen wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben leisten. Darum ist es notwendig, nicht nur den Grundwehrdienst sondern auch den Zivildienst zu reformieren. Es bedarf einer dringenden Änderung, bezüglich der zeitlichen Dauer des Zivildienstes, sowie der monatlichen Pauschalvergütung (derzeit: Euro 301,40).

## **6 MONATE SIND GENUG!**

Es ist unverständlich, dass der Zivildienst mit einer derzeitigen Dauer von neun Monaten um drei Monate länger dauert als der Grundwehrdienst. Aus Sicht der GPA-djp Jugend und der UnterzeichnerInnen dieser BürgerInneninitiative sind sechs Monate auch für den Zivildienst genug. Kommt es zu einer weiteren Verkürzung des Grundwehrdienstes, ist der Zivildienst analog zur Bestimmung für die Grundwehrdiener zu verkürzen.

## **HER MIT DER FAIREN BEZAHLUNG NACH KOLLEKTIVVERTRAG!**

Die derzeit an die Zivildienstleistenden ausbezahlte Pauschalvergütung in Höhe von monatlich 301,40 Euro, bedeutet eine Missachtung der von diesen erbrachten Leistungen. Das ist ein klarer Fall von Lohndumping unter dem Deckmantel des „Dienstes an der Gesellschaft“, der mittlerweile von mehr als 10.000 jungen Männern geleistet wird. Die GPA-djp Jugend fordert daher gemeinsam mit den UnterzeichnerInnen der parlamentarischen BürgerInneninitiative, eine zeitliche Gleichstellung des Zivildienstes mit dem Grundwehrdienst. Auch eine adäquate und angemessene monatliche Entlohnung der Zivildienstleistenden auf Basis der Einstiegsstufe des Kollektivvertrages der österreichischen Sozialwirtschaft (derzeit: 1.386,10 Euro/Brutto) ist unabdingbar.

**JETZT UNTERSCHREIBEN!** Damit die parlamentarische BürgerInneninitiative im Nationalrat behandelt wird, muss diese von mindestens 500 österreichischen StaatsbürgerInnen, die zum Zeitpunkt der Unterstützung das 16. Lebensjahr vollendet haben, unterschrieben werden. Also: Jetzt unterschreiben. Bitte die ausgefüllten Listen bis Freitag, 10. Mai 2013 per Post an: GPA-djp Bundesjugendabteilung, Alfred Dallinger Platz 1, 1034 Wien zurück senden.



**1.800 UnterstützerInnen!**

**Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend  
Faire Bezahlung für Zivildienstleistende!  
Verkürzung des Zivildienstes!**

**Erstunterzeichner/in**

Name	Anschrift	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung	Eingetragen in die Wählervidenz der Gemeinde
Helmut Graffhorst Leitner				

**Unterschrift**

**Unterstützungserklärungen:**

Name	Anschrift	Geb. Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift
VERENA MISCHITZ				